

Rede des Gymnasialdirektors D. th. R. Haage,

gehalten am 9. März 1894.

Je mehr sich für die neueste Geschichte dem Forscher die Archive öffnen, und je sicherer die Grundlage wird, auf welcher zusammenfassende Werke über die Entwicklung unseres Vaterlandes zu einem einheitlichen Staatswesen sich aufbauen, desto anziehender erscheint die neuere deutsche Geschichte, ja sie bildet gleichsam ein großartiges Drama. Denn die Jahre nach 1815 geben die Einleitung und die erste Verwicklung, die Umwälzungen von 1848 führen den Höhepunkt der Krisis herbei, mit den Kämpfen der sechziger Jahre erfolgt die Peripetie, der Glücksumschwung, und die Katastrophe von 1870 bringt die letzte Lösung. Wie aber in einem guten Schauspiel die Schlußentwicklung nicht plötzlich und unvorbereitet hereinbricht, sondern aus dem Anfang und der Fortführung der Handlung naturgemäß hervorwächst; so sind auch die Ereignisse von 1866 und 1870 nicht, wie es selbst heute noch manche unter uns wähnen, etwas, was ganz unvermittelt, wie durch eine Übrumpelung über unser Volk hereingebrochen ist. Gerade der Herrscher, dessen Gedenktag wir heute feiern, der zuletzt das deutsche Reich gegründet und mit seinen Staatsmännern und Feldherren unvergeßliche Lorbeern erworben hat, wußte es wohl und sprach es aus, wie viel den Kämpfen und der stillen treuen Arbeit des vorangegangenen Geschlechts dabei zu verdanken sei.

Wer daran zweifelt oder dasselbe nur in geringem Grade anerkennen will, den möchte ich auf die merkwürdige Thatsache hinweisen, daß die Grenzen des neuen Reiches sich mit denen des Zollvereins decken, welcher doch schon Jahrzehende vorher sich gebildet hatte. Denn dieser Verein ist wirklich die wichtigste Vorbereitung, ja der Anfang der neuen Staatsbildung gewesen, und es hat daher für den, welcher die neueste Geschichte unseres Volkes erforscht, die Entwicklung dieser Einigung ein Interesse gewonnen, welches über die nächsten wirtschaftlichen Fragen hinausgeht. Es dürfte deshalb auch an einem Tage, wie dem heutigen, eine kurze Behandlung der Geschichte des Zollvereins wohl am Platze sein.

Der erste Versuch, Deutschland wirtschaftlich zu einigen, fand schon im Anfange des 16. Jahrhunderts statt, in jener Zeit, wo die Fürsten, nachdem sie die Macht des Kaisers nach jeder Seite hin beschränkt und alle Gewalt in ihrer Hand vereinigt hatten, den Versuch machten, dem Reiche eine festere ständische Verfassung zu geben, und Karl V. nötigten, wenigstens während seiner Abwesenheit, in die Einsetzung eines sogenannten Reichsregiments zu willigen. Das war ein Ausschuß von Vertretern der Fürsten und Städte, welcher in Nürnberg tagen und die Angelegenheiten des Reiches verwalten sollte. Von finanziellen Erwägungen ausgehend, kam nun dieses Reichsregiment auf den Plan, an den Grenzen des Reiches Zölle zu erheben. Diese Einrichtung hätte dem Reiche feste Grenzen und bedeutende selbständige Einnahmen verschafft und nicht bloß wichtige politische Folgen gehabt, sondern auch mit der Zeit Handel und Gewerbe mächtig gehoben. Aber wie so oft die zunächst bei einer Neuerung beteiligten Kreise, die man für sachverständig anzusehen pflegt, ihr wahres Interesse gar nicht verstehen, so kämpften damals die Städte auf das nachdrücklichste gegen die Pläne des Reichsregiments und brachten die Reform zum Scheitern. Da auch die Revolution des Bauernkrieges, bei welcher ebenfalls an eine wirtschaftliche Einigung Deutschlands gedacht wurde, völlig scheiterte, so blieb es Jahrhunderte lang bei den Beschränkungen des Verkehrs und dem Wirrwarr von Zolllinien, wie es der politischen Zersplitterung in Hunderte von Herrschaften nur zu sehr entsprach. Es ist zu verwundern, daß überhaupt dabei ein Handelsverkehr und ein Gewerbefleiß bestehen konnte. Auch die Umwälzungen im Anfange dieses Jahrhunderts veränderten diese Zustände nur in sofern,

als im deutschen Bunde von den 300 selbständigen Gebieten des alten Reiches nur 38 übrig blieben. Denn die hergebrachten Binnenzölle und Abgaben dauerten meistens fort.

Wenn Ihr, liebe Schüler, jetzt durch Euer Vaterland reist, so wißt Ihr es nicht anders, als daß Ihr überall mit Eurem Gepäck Euch frei bewegen könnt und dasselbe Geld findet; aber welch endlosen Plackereien war noch vor wenigen Jahrzehenden ein Reisender ausgesetzt, wie oft wurde sein Koffer geöffnet und durchsucht! Hier wurde das eine Stück, dort das andere versteuert, oder er mußte doch sein Gepäck plombieren, von der Steuerbehörde verschließen und öffnen lassen, und wie viel mußte dafür bald in Schillingen, bald in Groten, bald in Kreuzern, bald in Guten- oder Marien- oder Silbergroschen bezahlt werden! Aber was will das sagen gegen den Umschwung für den Gewerbetreibenden! Wenn die Stoffe, welche in einem Gewerbe gebraucht werden, nur irgendwo innerhalb der Grenzen des Reiches sich finden, so werden sie frei ohne Zölle bezogen; und die Waren, welche daraus verfertigt werden, sendet der Kaufmann unbehelligt von Schleswig nach Baiern, von Schlesien nach dem Rhein und mißt und wiegt dabei nach demselben Maß und Gewicht. Vor sechzig Jahren aber verteuerten schon in einem und demselben deutschen Lande allerlei Binnenzölle das, was man brauchte, und für die Waren fand man nur einen kleinen freien Markt, da überall an jeder Grenze der vielen kleinen Vaterländer Schlagbäume sich erhoben, und die geldbedürftigen Regierungen die Zölle vermehrten und steigerten. Da war kein Fortschritt und keine Erweiterung des Geschäfts möglich.

Waren doch alle Staaten des deutschen Bundes souverän, und die wenigsten Regierungen erkannten, daß der Vorteil des Ganzen zuletzt auch ihr eigener Vorteil war. So trieb denn die Kleinstaaterei seltsame Blüten! Hier wurden die Straßen nicht gebessert, weil sonst die Frachtwagen keines Vorspanns bedurft hätten, und bei dem Vorspann verdienten doch die eigenen Unterthanen; dort wurde auf Staatskosten der Vorspann unentgeltlich gestellt, um den Verkehr auf eine Straße des eigenen Landes abzulenken. Auf der Leipzig-Frankfurter Straße wurde in Weimar noch immer das Geleitsgeld erhoben für geharnischte Geleitsreiter, die einst vor alten Zeiten die Fuhrleute geleitet und geschützt hatten, jetzt aber gar nicht mehr vorhanden waren. Das Stadthor in dem hessischen Städtchen Gelnhausen war so schmal und so niedrig, daß die Frachtwagen nicht hindurch fahren konnten, ohne umzuladen. Wozu das Thor ändern, fanden doch die Arbeitsleute der Stadt Beschäftigung, und machten doch die Fuhrleute einen längeren Aufenthalt und eine größere Zeche! Ebenso wenig wurde die niedrige Weserbrücke in Hoya umgebaut, als eine Bremer Gesellschaft Dampfschiffe auf der Weser fahren ließ. Was ging die Herren in Hannover ein Bremer Dampfschiff an, mochte es vor der Brücke umkehren! Sie hatten schon von den Bremern sich übertölpeln lassen, als sie denselben den Platz verkauften, auf dem Bremerhaven gebaut war. Dafür erschwerten sie aber auch den Postverkehr, die Briefe mußten zwischen beiden Plätzen durch Fußboten besorgt werden. Das Porto von Stuttgart nach Bremen war höher, als das von Bremen nach Stuttgart, niemand wußte, warum. In Hamburg mußten die Briefe je nach ihrer Bestimmung bei der Stadtpost, oder dem preussischen, oder dem hannoverschen, oder dem mecklenburgischen, oder dem thurn und taxisschen, oder dem dänischen, oder dem schwedischen Postamt abgegeben werden! Doch ich komme zu weit von meinem Gegenstande, den Zöllen ab! In der bairischen Pfalz kostete die Bewachung der Grenzen 248 000 Gulden, und die Zölle brachten nur 165 000 Gulden ein. Da war denn freilich das souveräne Recht, ein eigenes Zollsystem zu haben, jährlich mit 80 000 Gulden etwas teuer bezahlt! Andere kleine deutsche Länder hatten denn auch gar keine Zölle und huldigten sozusagen dem Freihandel, aber das Hauptinteresse war dabei der Schmuggel. Engländer und Holländer, welche die deutsche Mißwirtschaft ausbeuteten, brachten hierher ihre Waren in großen Mengen, und nun wurde, was bei dem Durcheinander der deutschen Grenzen leicht war, tüchtig geschmuggelt und zwar mit Begünstigung der Behörden. Da brachte denn die Statistik seltsame Ergebnisse, z. B. einen riesigen Verbrauch von Kaffee und Thee in dem kleinen Anhalt — nur war das Meiste davon in Preußen getrunken.

Es blieb nicht aus, daß patriotische Männer auf Abhülfe sannen. So wirkte Friedrich List für eine wirtschaftliche Einigung Deutschlands und eine kräftige Unterstützung der Gewerbe durch Eröffnung neuer Handelsgebiete in Kolonien und forderte eine gemeinsame deutsche Handelsflagge und Kriegsflotte. Aber was halfen die Denkschriften, welche er bei dem hohen Bundestage einreichte? Es waren freilich in Artikel 19 der Bundesakte Verhandlungen über Handel und Verkehr unter den Bundesstaaten in Aussicht gestellt. Da aber für jede Neuerung Einstimmigkeit gefordert wurde, so konnte der Bund ebensowenig, wie auf politischem Gebiete, für Handel und Gewerbe etwas Wesentliches leisten, zumal die führende Macht, Oestreich, für Aufrechterhaltung, ja für Herstellung der Binnenzölle war. Daß der Bund nur hinderte, hat sich auch noch bei

seiner Herstellung nach 1848 gezeigt, als er die endlich gegründete deutsche Flotte verkaufte, weil er sich über die Führung derselben nicht einigen konnte.

Wer besorgte aber, wie treffend gesagt ist, »während des Schattenspiels am Bundestage die wirklichen Geschäfte Deutschlands?« Wer allein nahm die Sache der Zolleinigung in die Hand und brachte den Deutschen das, was andere Nationen längst besaßen? Der preußische Staat, seine Herrscher und seine Beamten sind es gewesen, welche unbeirrt um den Widerstand der Regierungen und der Parteien Schritt vor Schritt in langsam vorrückenden, oft stockenden Verhandlungen das große Werk förderten. Unter diesen Beamten haben sich besonders die Finanzminister v. Motz und Maassen verdient gemacht und könnten neben den Gründern des neuen Reiches genannt werden. Auch sie haben nicht von vorne herein eine Verfassung für einen deutschen Zollverein entworfen und dieselbe dann ausgeführt, sondern in ernster Arbeit das für Wohl des eigenen Staates und für das Heil des ganzen deutschen Landes, allmählich durch die Verhältnisse belehrt, haben sie den Weg gefunden, auf welchem eine wirtschaftliche Zusammenschließung der deutschen Staaten möglich war, und sind dann trotz aller Weiterungen und Hindernisse nicht müde geworden, auf diesem Wege fortzuschreiten, bis das Ziel erreicht war! Das Richtige war aber nicht gemeinsame Beratungen aller Staaten, sondern getrennte Verhandlungen mit den einzelnen benachbarten Regierungen, nicht umfassende Umgestaltungen, sondern allmählicher Anschluß an das preußische Zollsystem, geduldiges Warten, bis eine Regierung nach der anderen von den großen Vorteilen der Zolleinigung sich überzeugte, Entgegenkommen, Aufopfern des eigenen Vorteils, Vermeidung jedes Scheins einer Vergewaltigung, wohlwogendes Vertrauen darauf, daß die sofort eintretenden günstigen Folgen der Verkehrsfreiheit die Einigung, auch wenn sie zunächst in losester Form auf wenige Jahre geschlossen würde, dauernd und unwiderruflich machen würden. Zum Glück hatte die Bundesverfassung im Artikel 6 der Wiener Schlußakte — Metternich ahnte nicht, worin er damit willigte — den einzelnen Regierungen gestattet, an Mitverbündete Hoheitsrechte abzutreten, und damit selbst den Weg gewiesen, auf welchem allein man vorwärts kommen konnte.

Doch ehe Preußen den ersten Schritt zu einer Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands that, mußte es im eigenen Lande Ordnung schaffen und den Forderungen der neuen Zeit Rechnung tragen. Das geschah durch das Zollgesetz von 1818, welches mit einem Schlage die vielen inneren Zollschranken beseitigte und statt der bestehenden 67 verschiedenen Zollordnungen, einen einheitlichen Tarif, welcher in einfachster Weise die Waren nur nach dem Gewichte traf, an den Grenzen des Staatsgebietes durchführte. Diese Grenzzölle waren so bemessen, daß sie den einheimischen Gewerbfleiß teils schützten, teils anspornten und den Staatskassen bedeutende Einnahmen brachten. So hatte denn nun ein erheblicher Teil der Deutschen — nicht weniger als 14 Millionen — die Segnungen freier Bewegung des Verkehrs; und so war hier von vorne herein Bedeutendes erreicht, während im übrigen Deutschland nichts vorwärts kam. Trotzdem konnte man bei dem Erreichten nicht stehen bleiben. Denn der preußische Staat zerfiel in zwei völlig getrennte Teile und hatte unverhältnismäßig lange Grenzen, deren Bewachung sehr kostspielig war. Dazu waren viele versprengte Gebietsteile anderer Staaten, ja ganze Kleinstaaten von preußischem Gebiete eingeschlossen. Man mußte also weiter gehen. Zunächst kam man auf die Einrichtung des sogenannten Enklavensystems. Man schlug nämlich den Besitzern der Einschlußgebiete vor, mit diesen in das preußische Zollsystem einzutreten und dafür — ein sehr einfacher und glücklicher Gedanke — nach der Kopffzahl an der Einnahme der preußischen Grenzzölle teilzunehmen. Die Vorteile lagen so auf der Hand, daß meistens ziemlich rasch eine Verständigung erfolgte. Zwischen den Enklaven und dem preußischen Gebiete fielen alle Zollschranken, die Zahl der Bewohner der Enklaven wurde zu der Bevölkerung Preußens hinzugezählt, die Reineinnahme der Zölle durch die Gesamtzahl der Köpfe geteilt und der entsprechende Teil an die Kassen der anderen Staaten abgeführt. Beiläufig bemerkt wuchs regelmäßig die Bevölkerungszahl der in das preußische Zollsystem eintretenden Gebiete, während sie nicht vorwärts kam, wenn es sich um die Aufstellung der Kontingente für das Bundesheer handelte. Nun nahmen diese Gebiete an der wirtschaftlichen Entwicklung des großen Staats Anteil, mußten freilich der Zollpolitik Preußens ohne weiteres folgen, aber die Regierungen sahen sich bald durch große finanzielle Vorteile entschädigt.

Schon sah auch ein ganzer von Preußen eingeschlossener Kleinstaat sich genötigt diesem System sich unterzuordnen. Lange hatte freilich der Herzog von Anhalt-Cöthen sich gegen die Natur der Dinge gesträubt, als Souverän vom Bundestage stolz und schön die freie Kommunikation mit Europa gefordert und zuletzt durch Begünstigung des Schmuggels Preußen so gereizt, daß es endlich die Geduld verlor, die Elbe oberhalb und unterhalb Anhalts sperrte und um das Ultimatum der Großmacht Anhalt sich nicht kümmerte. Da endlich streckte der Herzog die Waffen, aber nur auf 6 Jahre trat er bei, doch in Wirklichkeit auf immer!

Nun erhob sich bei allen deutschen Regierungen ein großes Geschrei gegen Preußen, und die liberale Partei, welche doch die Einigung Deutschlands erstrebte, stimmte in dasselbe ein, und alle klagten, Preußens Absolutismus und Partikularismus hindere den wirtschaftlichen Fortschritt. Und als 1828 gar Hessen-Darmstadt in das preußische Zollsystem unter der günstigen Bedingung eintrat, daß die hessische Zollverwaltung selbständig blieb, und daß bei Abänderungen der Zollgesetze Hessen seine Zustimmung geben mußte; da wurde der Versuch gemacht, besondere Handelsbündnisse gegen Preußen zu schließen. Baiern und Württemberg einigten sich zur Erhebung gemeinsamer Zölle; aber der Markt war zu klein, und die Kosten verschlangen die Hälfte der Einnahmen. Die meisten übrigen deutschen Staaten schlossen den mitteldeutschen Handelsverein, aber ohne allen Erfolg. Denn sie waren nur im Gegensatz gegen Preußen einig, über eine Aufhebung der Zölle zwischen ihren Gebieten konnten sie sich nicht einigen, und von der Notwendigkeit, eine Reihe Straßen zu bauen, wurden zwar schöne Worte gemacht, aber kein Geld für dieselben aufgebracht. Da kam über die meisten Regierungen das dumpfe Gefühl, daß alles nicht helfe, daß man sich fügen müsse. Es fehlte der Staatsverwaltung an Geld, der Industrie an dem nötigen Schutz und an Absatzgebieten, dem Handel an freier Bewegung. Natürlich kam es auch vor, daß man an die Hilfe des Auslandes dachte, welches leider so oft die Zuflucht der Kleinstaaten gewesen war. Nassau schloß einen sehr bedenklichen Vertrag mit Frankreich, Frankfurt mit England. Hannover blieb in Englands Gefolge und vereinigte sich mit Oldenburg und Braunschweig zu einem Steuerverein. Es sah aus, als sollte Deutschland noch mehr zerrissen werden, aber es schien nur so.

In Baiern und Württemberg schlug zuerst die richtige Erkenntnis durch, daß es das Geratenste sei, mit Preußen sich zu vertragen. In Baiern gedachte man dabei des Umstandes, daß die Selbständigkeit des Landes wiederholt durch die Hohenzollern geschützt war, und so kam es über die Köpfe der kleinen mitteldeutschen Staaten hinweg zu Verhandlungen zwischen Nord und Süd. Jetzt fiel auch Kurhessen von dem mitteldeutschen Handelsverein ab und schloß sich Preußen an, sodaß nun eine Verbindung zwischen dem östlichen und westlichen Teil der preußischen Monarchie gewonnen war. Gotha und Meiningen ließen es sich gefallen, daß für preußisches Geld durch ihr Gebiet eine Straße gebaut wurde, welche eine gute Verbindung mit Süddeutschland herstellte, und ließen so die Sache der mitteldeutschen Staaten im Stich. Da kam es denn endlich zu dem Abschluß der entscheidenden Verträge mit Baiern und Württemberg im Jahre 1833, und jetzt schloß sich auch das Königreich Sachsen an, wo freilich die Handelswelt in kurzsichtiger Weise klagte, »nun werde in Leipzig auf den Straßen das Gras wachsen«, und bald folgten die kleinen Staaten, auch Baden nach. So standen denn nun die meisten deutschen Gebiete im Zollbunde mit Preußen, aber freilich auf Bedingungen, welche die Dauer und Sicherheit des Bundes zu bedrohen schienen. Der Vertrag galt nur auf wenige Jahre, dann konnte jeder Verbündete ihn kündigen; zu jeder Änderung der Zölle war Einstimmigkeit erforderlich; die Einnahme wurde nach Kopfbzahl verteilt, obwohl der Norden weit mehr Steuern aufbrachte, und Preußens Finanzen zunächst wenig gefördert wurden, während z. B. Baierns Einnahmen bedeutend wuchsen, und die Verwaltung statt 44 nur 10 aufs Hundert kostete.

So gleicht denn dieser Zollverein in mancher Hinsicht den Verträgen von Versailles und gibt ein Vorbild für die Vereinigung des norddeutschen Bundes mit den süddeutschen Staaten. Wie 1870 die Verträge in der Hoffnung geschlossen wurden, daß die wichtigen Rechte, welche den Südstaaten verblieben, der von dem nationalen Bedürfnis geforderten Einigung nicht schaden würden; so vertrauten 1833 die preußischen Staatsmänner darauf, daß die gebrachten Opfer durch den allgemeinen Aufschwung des vaterländischen Gewerbleißes und Handels ersetzt würden, daß eine Wiederaufrichtung der einmal gefallenen Zollschranken kaum möglich sei, daß die Natur der Sache dem größten Staate trotz des liberum veto, des Einspruchsrechtes der Kleinen, die richtige Führung ermöglichen würde. Für den schlimmsten Fall hatte ja auch Preußen das Recht der Kündigung.

Es war ein bedentsamer, in den gewöhnlichen Darstellungen nicht genug gewürdigter Tag der deutschen Geschichte, der 1. Januar 1834. Weithin in den deutschen Ländern öffneten sich um die Mitternachtsstunde die Schlagbäume, und lange Wagenzüge, welche sich vor ihnen gesammelt hatten, fuhren unter lautem Jubel zoll- und abgabefrei über die Grenzen. Man hatte Großes errungen, weit Größeres, als man ahnte. Viele gaben nur unwillig zu, daß Preußen durch den Zollverein die Wünsche der Nation zum Teil erfüllt hatte; oder wenn sie auch das Gewonnene anerkannten, so spotteten sie doch gerne über die Sache, wie Hoffmann von Fallersleben in seinen unpolitischen Liedern:

Pfefferkuchen, Lumpen, Trichter,
Nüsse, Tabak, Gläser, Flachs,
Leder, Salz, Schmalz, Puppen, Lichter,
Rettig, Rips, Raps, Schnaps, Lachs, Wachs —
Und ihr andern deutschen Sachen,
Tausend Dank sei euch gebracht!

Was kein Geist je konnte machen,
Ei, das habet ihr gemacht:
Denn ihr habt ein Band gewunden
Um das deutsche Vaterland,
Und die Herzen hat verbunden
Mehr als unser Bund dies Band.

Es spielen eben die materiellen Interessen im Völkerleben eine sehr wichtige Rolle, und so war es auch damals. Man sah es mit Augen und griff es mit Händen, wie der Verkehr sich hob, seitdem alle Erzeugnisse im Zollverein nach allen Richtungen hin freien Absatz fanden, wie neue Gewerbe überall erblühten, wie die Staatskassen sich füllten, und der Wohlstand der Bürger sich hob; man berechnete, daß Deutschland endlich wieder den Grad von Wohlhabenheit erreichte, den es vor dem dreißigjährigen Kriege gehabt hatte. Aber auch höhere Interessen fanden Befriedigung, der entsittlichende Schmuggel wurde weithin beseitigt oder doch beschränkt; die Geschäftsleute lernten es, auf das ganze Vaterland zu sehen; die freiere Bewegung der Personen näherte die Bewohner der verschiedenen Staaten einander. Dem Auslande gegenüber spielte der deutsche Handel und der deutsche Gewerbefleiß wieder eine selbständige Rolle. Mit gutem Grunde hatten die auswärtigen Mächte, namentlich England, gegen die deutsche Zolleinigung ihre Ränke gesponnen; die Feinde hatten eine bessere Einsicht in die Bedeutung der Sache, als die Freunde, fingen an, den Zollverein als die eigentliche deutsche Macht anzusehen und fürchteten schon die Gründung einer deutschen Flotte.

Auch Österreichs Staatsmänner, welche bisher eine höchst ungeschickte oder vielmehr gar keine Handelspolitik getrieben hatten, erkannten jetzt mehr und mehr, was geschehen war, daß eine wirtschaftliche Annexion der deutschen Staaten an Preußen sich vollzog und die politische vorzubereiten drohte. Es ist nun höchst merkwürdig, wie alle die Wirren und Umwälzungen der Jahre 1848 bis 1856 mit den verschiedenen erfolglosen Versuchen, ein deutsches Reich zu gründen, den Fortschritt der wirtschaftlichen Einheit nicht aufhielt. Das sogenannte kleindeutsche Programm, die deutschen Staaten ohne Österreich unter Preußens Führung zu einigen, wurde, während es auf rein politischem Gebiete scheiterte, auf wirtschaftlichem Gebiete trotz Österreichs Eingreifen durchgesetzt. Mochte in Frankfurt ein deutsches Parlament tagen oder wieder der Bundestag, mochte ein österreichischer Erzherzog Reichsverweser sein, oder Preußen die Kaiserkrone angetragen werden, mochte Preußen siegreich die republikanischen Schilderhebungen niederschlagen oder Österreich sich unterordnen — die Verwaltung des Zollvereins ging unbeirrt und ungestört ihren Weg, hier wurden von Preußen keine Fehler gemacht, und gerade in dem ersten Jahre der allgemeinen Reaktion 1852 vollzog sich der wichtige Anschluß Hannovers und Oldenburgs an den Zollverein, sodaß derselbe nun endlich die Nordsee, das deutsche Meer erreichte. Auch dies wurde nicht ohne Opfer erlangt, Hannover erhielt ein sogenanntes Präcipuum, d. h. eine beträchtliche Summe von der gemeinsamen Einnahme außer seinem nach der Kopfzahl zu berechnenden Anteil. Ob bei diesem Anschluß Hannovers noch andere Rücksichten, als finanzielle und wirtschaftliche Erwägungen mitwirkten, mag dahin gestellt bleiben.

Diese neue Ausdehnung des Zollvereins trieb nun Österreich zu neuen Entschlüssen. Die Versuche, den Verein zu sprengen, waren mißglückt. Wie, wenn nun umgekehrt der Eintritt Österreichs erreicht wurde? Dann wäre das großdeutsche Programm, die Gründung eines alle österreichischen und deutschen Länder umfassenden Siebzigmillionenreichs unter österreichischer Spitze, auf wirtschaftlichem Gebiete durchgeführt und so die kleindeutschen Pläne vereitelt. Preußen sah sich in der That zu Verhandlungen genötigt, es kam zu Handelsverträgen zwischen dem Zollverein und Österreich, bei denen eine weitere Annäherung und eine stufenweise allmähliche Einigung wirklich ins Auge gefaßt wurde. Ein wohlthätiges Überbleibsel jener Bemühungen haben wir noch in dem für Deutschland und Österreich gemeinsamen billigen Porto. Um aber eine förmliche Zolleinigung zustande zu bringen, dazu lagen denn doch die wirtschaftlichen Interessen des Donaureiches und der Zollvereinsstaaten zu weit auseinander; und in Preußen wurde die Gefahr, welche in dem ganzen Plane lag, nur zu gut erkannt und kräftig bekämpft, sobald der Staat aus seiner politischen Schwäche unter seinem neuen Könige Wilhelm I sich erhob, und das Ministerium Bismarck auf die Gefahr eines Zusammenstoßes hin Preußen die seiner Macht entsprechende Stellung wieder zu verschaffen suchte. Die Absicht, Österreichs zollpolitische Pläne zu vereiteln, beschleunigte den Abschluß eines Handelsvertrages Preußens mit Frankreich, welcher zu einer Herabsetzung der Zölle führte. Diesem Wege konnte Österreich in Rücksicht auf seine noch wenig entwickelte Industrie nicht folgen: wenn auf solcher Grundlage die 1865

ablaufenden Zollvereinsverträge erneuert wurden, so erschien der Eintritt der österreichischen Länder in den Zollverein für immer abgeschnitten, und es drohte die Gefahr, daß Preußen auch die politische Führung erlangte. Da versuchte Österreich das Äußerste, um seine Stellung in Deutschland zu behaupten, alles sollte nun mit einem Schlage nachgeholt und durchgesetzt werden, die Reform des deutschen Bundes im österreichischen Sinne, die Lösung der kleineren deutschen Staaten vom Zollverein und ihre wirtschaftliche Einigung mit Österreich. Wie nun alle diese Bestrebungen neben einander herliefen, wie der österreichische Kaiser den Fürstentag nach Frankfurt berief, wie der Ausbruch des schleswig-holsteinischen Krieges dazwischen kam, und durch Bismarcks kühne Politik eine Zeitlang Österreich an Preußens Seite geführt wurde, um sich dann desto schlimmer mit ihm zu verfeinden, und welche Rückwirkungen dies alles auf die Verhandlungen der Zollvereinsstaaten ausübte, muß ich hier übergehen. In der Hauptsache verlief die neue Krisis des Zollvereins, wie die früheren. Denn die Sache selbst sprach für Preußen, die Natur der Dinge trieb die einmal in die Zolleinigung eingetretenen Staaten zusammenzubleiben. Wohl reisten die Minister der Mittelstaaten hin und her, wohl schürften die österreichischen Gesandten die Aufregung; es half nichts; gerade Sachsen, das sonst immer auf Österreichs Seite stand, erkannte an, daß der Handelsvertrag mit Frankreich die größten Vorteile biete und nicht um Österreichs willen aufgegeben werden könne. Wohl drohten mehrere Staaten mit dem Austritt. Die preußische Regierung antwortete gelassen, so werde man mit den übrigbleibenden Verbündeten den Zollverein fortsetzen, und wartete, des Erfolges sicher. Ich erinnere mich noch sehr wohl, wie damals einfache Gewerbetreibende, wenn man ihnen von dem bevorstehenden Austritt Hannovers aus dem Zollverein sagte, lächelnd erklärten, das sei unmöglich, die Regierung könne nicht den eigenen Unterthanen ihr Brot nehmen, auch nicht auf die Zolleinnahmen verzichten. Und sie hatten Recht: als die von Preußen gesetzte Frist abzulaufen drohte, hörte alles Konspirieren auf, und eine Regierung nach der anderen meldete in Berlin ihre Bereitwilligkeit, im Zollverein zu bleiben. So wurden denn die Verträge wieder auf 12 Jahre erneuert, und es hatte sich gezeigt, daß schon ein deutsches Reich unter Preußens Führung bestand; die Mittelstaaten und Österreich waren in wirtschaftlicher Hinsicht bereits besiegt, ehe sie 1866 auch auf politischem Gebiete unterlagen.

Gerade das Jahr 1866 und, was ihm folgte, giebt wieder die deutlichsten Beweise für die einschneidende Bedeutung der wirtschaftlichen Einigung. Denn trotz des Eifers, ja der Wut, mit der namentlich die süddeutschen Staaten in den Krieg eintraten, und trotz der rücksichtslosen Thatkraft, mit welcher Preußen den Kampf führte, waren beide Parteien darüber einig, den Zollverein auch während der kriegerischen Operationen zu erhalten; und so dauerte der im Namen der Gesamtheit geführte Zolldienst fort, und die Zollbehörden blieben in ununterbrochener Thätigkeit und regelmäßigem Verkehr, während die Heere der Zollvereinsstaaten sich blutig bekämpften, ein merkwürdiges Schauspiel. Auch als der norddeutsche Bund gegründet war, galt die trennende Mainlinie nicht für den Zollverein, sondern während man in weiten Kreisen über die Zerreißung Deutschlands klagte, dehnte sich der Zollverein auch über Schleswig-Holstein und Mecklenburg aus und erhielt endlich — und das war der gewaltigste Fortschritt — eine Verfassung, welche Dauer versprach und die fortwährenden Erschütterungen beseitigte. Das liberum veto, das freie Einspruchsrecht jedes einzelnen Verbündeten, hörte auf, die Gesetzgebung des Zollvereins wurde nach dem Muster und im Anschluß an den norddeutschen Bund einem Zollbundesrat und einem Zollparlament übergeben.

Rascher, als irgend ein Vaterlandsfreund es zu hoffen gewagt hatte, schon nach 4 Jahren mit der Erhebung von 1870 trat dann in die Erscheinung, daß die wirtschaftliche Einheit die volle politische Einigung nach sich zog, daß Zollverein und Zollparlament nur die Anfänge des neuen deutschen Kaiserreichs gewesen waren. Der Staat aber, welcher den Grund des Zollvereins gelegt und den Bau desselben so kräftig und umsichtig gefördert hatte, war es auch, der den lange vergebens angestrebten Bundesstaat gründete. Was in der Stille gepflanzt und in unverdrossener Arbeit gepflegt und herangezogen war, wurde freilich erst reif in der Gluthitze des Streites und unter dem Blitz und Donner der Kanonen. Als aber der Himmel sich wieder aufheiterte, und die Sonne des Friedens den deutschen Landen lachte, da wurde die reiche Ernte eingebracht, und an dem Jubel nahmen immer mehr auch diejenigen teil, welche an dem Wachstum gezweifelt, ja selbst hatten helfen wollen, die Saat zu verderben. Der Staatsmann aber, welcher bei diesem letzten Akte des Dramas die wichtigste Rolle gespielt hatte, sollte auch noch die letzte Vollendung des Zollvereins, die Aufnahme der Hansestädte Hamburg und Bremen, durchsetzen, nicht ohne scharfe Mittel, aber zum Heile des Ganzen.

Denn die volle Gemeinschaft der wirtschaftlichen Interessen giebt, wie sie den Boden für das neue Reich bereitet hat, auch die beste Gewähr für seinen Fortbestand. Kein einzelner Staat wird im Ernste dem neuen Verbande sich wieder entziehen wollen und können; und die kommenden Geschlechter werden, so hitzig sie vielleicht auch über andere, namentlich die sozialen Fragen, an einander geraten mögen, an der Einheit des Reiches nicht rütteln, weil sie es gar nicht anders wissen, als daß die Deutschen zu einem Reich zusammen gehören. Sie werden aber auch nicht den Herrscher vergessen können, welcher in seinem langen wechselvollen Leben die Erniedrigung und Zerrissenheit Deutschlands, die langen, oft vergeblichen Anstrengungen und die langsamen Fortschritte mitmachte, dann die letzte Entscheidung gab und das Wahrzeichen der alten Herrlichkeit, die Kaiserwürde, erneuern durfte.

I. Lehrverfassung. 1. Übersicht der einzelnen Lehrgegenstände und ihre Stundenzahl.

Unterrichtsfächer.	a. Gymnasium.									b. Realgymnasium.									c. Vorschule.		
	I.	IIa.	IIb.	IIIa.	IIIb.	IV.	V.	VI.	Summa.	1.	2a.	2b.	3a.	3b.	4.	5.	6.	Summa.	1.	2.	Summa.
1. Religion.	2	2	2	2	2	2	2	3	17	2	2	2	2	2	2	2	3	15	4	4	8
2. Deutsch.	3	3	3	2	2	3	3	4	23	3	3	3	3	3	3	3	4	25	6	6*	15
3. Latein.	7	7	7	7	7	7	8	8	58	3	3	3	4	4	7	8	8	40	—	—	—
4. Griechisch.	6	6	6	6	6	—	—	—	30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5. Hebräisch.	2	2	—	—	—	—	—	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6. Französisch.	2	2	3	3	3	4	—	—	17	4	4	4	4	4	5	—	—	25	—	—	—
7. Englisch.	2	2	—	—	—	—	—	—	4	3	3	3	4	4	—	—	—	17	—	—	—
8. Geschichte u. Geograph.	3	3	3	3	3	4	2	2	23	3	3	3	4	4	4	2	2	25	—	—	—
9. Mathematik u. Rechnen.	4	4	4	3	3	4	4	4	30	5	5	5	5	5	4	4	4	37	4	4	8
10. Physik.	2	2	2	—	—	—	—	—	6	3	3	3	—	—	—	—	—	9	—	—	—
11. Chemie.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	—	—	—	—	—	—	4	—	—	—
12. Naturbeschreibung.	—	—	—	2	2	2	2	2	10	—	—	2	2	2	2	2	2	12	3	1	4**
13. Schreiben.	—	—	—	—	—	—	2	2	4	—	—	—	—	—	—	2	2	4	3	4	7
14. Turnen.	3	3	3	3	3	3	3	3	18	3	3	3	3	3	3	3	3	18†	2/2	—	1
15. Zeichnen.	2	2	2	2	2	2	2	—	10	2	2	2	2	2	2	2	—	12	—	—	—
16. Singen.	2	2	2	2	2	2	2	2	6	2	2	2	2	2	2	2	2	6††	2/2	2/2	2
Stundenzahl	31	31	30	30	30	28	25	25		30	30	30	30	30	29	25	25		20	19	

* In 3 Stunden waren die beiden Abteilungen der 2. Vorklasse getrennt.

** Diese Stunden der Vorklassen umfassen auch den sogenannten Anschauungsunterricht, die Heimatskunde u. s. w.

† V und 5 sind im Turnen vereinigt, VI und 6 in Geographie, Naturgeschichte und im Turnen.

†† In den Singstunden werden Gymnasial- und Realschüler zusammen unterrichtet.